

DIE LINKE.

Nachhaltig – Sozial – Unbequem!



DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Mönchengladbach

Die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach legt Ihnen wie auch schon im letzten Jahr ihre Jahresbilanz vor. Damit erfüllen wir auch den an uns selbst gestellten Anspruch der Transparenz. Transparent zu machen, welche Initiativen die Fraktion in die Ratsarbeit eingebracht hat und wofür sie steht. Wenn Sie die einzelnen Themenbereiche lesen, sehen Sie, dass viele Themen dabei sind, die eigentlich anderen Parteien zugeordnet werden könnten. Zum Beispiel die Umweltproblematik und soziale Fragen. Trotzdem werden Sie in einzelnen Bereichen feststellen, dass die Ampelmehrheit aus SPD/Grüne/FDP - die CDU sowieso - sich gegen diese Vorschläge ausspricht.

Weil sie von der Partei DIE LINKE kommen oder weil die anderen Parteien ihre Ansprüche selbst nicht ernst nehmen? Das Urteil überlassen wir Ihnen. Wir wirken jedenfalls weiter nachhaltig, bleiben original sozial und für die anderen Parteien unbequem!

Information ist die eine Seite. Uns interessiert aber auch Ihre Meinung. Anregungen, Wünsche und Kritik können sie uns persönlich – Büro Hautstraße 2, 41236 Mönchengladbach - schriftlich – fraktion-info@die-linke-mg.de - oder per Telefon – 02166-9792249 - mitteilen.

Mit nettem Gruß

Machen Sie Gebrauch davon!

Helmut Schaper

Helmut Schaper

Ratsherr
Fraktions-
vorsitzender



helmut.schaper@die-linke-mg.de

LINKE ANTI-AKW ARBEIT IM STADTRAT GRÜNER GEHT'S NICHT

Mit ihren Anti-Atom-Initiativen erntet DIE LINKE Erstaunen und Ablehnung.

Bereits im Dezember 2009 hatte sich Sabine Cremer, die DIE LINKE im Umweltausschuss vertritt, an die Stadtverwaltung gewandt und wollte wissen, was es mit drohenden Atomtransporten von Jülich nach Ahaus durch die Region Mönchengladbach auf sich habe.

„Es ist davon auszugehen, dass bei einem Unfall mit radioaktivem Material der Schutz der Bevölkerung gewährleistet ist“ antwortete Stadtkämmerer Bernd Kuckels fröhlich Sabine Cremer.

Ende 2010 scheiterte DIE LINKE im Rat mit einem Resolutionsentwurf gegen Atomtransporte durch die Region Mönchengladbach.

Auch im Dezember 2011 lehnten alle

Fraktionen im Rat der Stadt Mönchengladbach den Antrag der LINKEN für ein Verbot von Castor-Transporten ab. Die Mehrheit der Fraktionen schloss sich Karl Sasserath, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen, an und plädierte für eine Überweisung in den Hauptausschuss. Die Position der LINKEN bezeichnete Sasserath als „fundamentalistisch“.

Damit steht Mönchengladbach mit seiner Weigerung, die Atomtransporte zu verurteilen, weit hinter anderen Städten

Bernhard Clasen

Ratsherr



bernhard.clasen@die-linke-mg.de

wie Bremen, Ahaus oder Gelsenkirchen zurück, die sich, teilweise sogar mit den Stimmen von CDU und SPD, eindeutig gegen die Castor-Transporte positioniert haben.

Nach wie vor drohen uns Atomtransporte vom britischen Sellafield in das AKW Grohnde. Derzeit gehen diese Transporte zwar über den Hafen Nordenham. Doch es ist nicht auszuschließen, dass dieser Müll auch über einen belgischen Hafen – und dann per LKW über die Region Mönchengladbach – transportiert wird.

DIE LINKE wird die atomare Bedrohung weiterhin sehr genau beobachten, mit neuen Initiativen im Rat dagegen kämpfen. Die jüngste skandalöse Entscheidung, den Jülicher Müll in die USA zu transportieren, ist möglicherweise gar nicht umsetzbar – und dann geht der Jülicher Atom Müll doch über den Raum Mönchengladbach nach Ahaus.

Fehlentwicklungen - Die Mönchengladbach-Arkaden und der ÖPNV in der Stadt

Nun ist es soweit: Das ehrwürdige alte Stadttheater und die zweitälteste Einkaufspassage der Bundesrepublik, der Lichthof, sind aus der Mönchengladbacher Innenstadt verschwunden und machen Platz für eine unnötige Konsumfabrik mitten im Herzen von Mönchengladbach.

Eine drastische Fehlplanung und -entwicklung für unsere Stadt, da mit dem Bau der sogenannten Arkaden nicht nur der Kaufkraftverlust der Ortskerne sowie unserer Nachbarstädte einhergeht, sondern wohl auch dem bisher sowieso nicht mehr stark vertretendem Einzelhandel auf der Fußgängerzone nun endgültig der Garaus gemacht wird. Ebenfalls zeigt der Bau der

Arkaden ein weiteres Dilemma in der Stadt: Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Für den ÖPNV liegen z. B. noch nicht einmal angepasste Verkehrspläne im Zuge der sich ständig unter Veränderung befindenden Stadt vor. Was mit dem Busverkehr auf der Hindenburgstraße passiert, ist da noch die geringste Frage. Wer einmal versucht hat, während der Woche einen

Mario Bocks

Bezirksvertreter
Stadtbezirk Nord

Mitglied im
Kulturausschuss



mario.bocks@die-linke-mg.de

Bus nach 20:00 Uhr zu einem etwas entfernteren Ortsteil zu nehmen, weiß wovon die Rede ist. Geringe Taktzeiten und unsichere Anschlüsse für Umsteiger sind die Hauptprobleme, die es zu korrigieren und zu verbessern gilt. Man kann das gut an einem stellvertretenden Beispiel zeigen: Wenn man während der Woche nach einem Besuch in der Kunstbühne in Wickrath nach Mönchengladbach will, muss man die Veranstaltung bereits um kurz nach halb Elf verlassen, um zumindest noch bis zum Marienplatz fahren zu können, wo es dann noch genau einen (!) Bus gibt, der nach Gladbach weiterfährt. Bei Veranstaltungen in MG gilt natürlich dasselbe für die Erreichbarkeit Rheydts. Ein Armutszeugnis für eine Stadt, die zumindest im Mittelfeld der Attraktivitätsliga der Städte mitspielen möchte.

Einfach darf nicht zu einfach sein

Der Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss wollte den angeblichen „Tarifschungel“ bei den städtischen Bädern beseitigen. Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf lässt letztlich jedoch nur den 4 Stunden Tarif fallen und ermöglicht stattdessen eine Nachzahlung je angefangener halber Stunde bei Überziehung. Zwar gibt es noch weitere kleine Änderungen, aber die fallen nicht ins Gewicht.

So wird faktisch bei einem großen Teil der BesucherInnen doppelt kassiert, am Anfang und am Ende. Das ist für die

Angestellten ein unnötiger Mehraufwand und für die Kunden einfach nur nervig. Deswegen hatte DIE LINKE vorgeschlagen, gleich ein 'Parkhausssystem' zu beschließen: Beim Eintritt nur eine Karte mit der Uhrzeit ziehen und dann am Ende das zahlen, was wirklich angefallen ist. Abgerechnet würde nach angefangener halber Stunde bis zu einem Maximalbetrag, der dem jetzigen Tagestarif entspricht.

So hätten die BesucherInnen wirklich nur das bezahlt, was sie auch genutzt haben. Das wäre kundenfreundlich gewesen und auch für die MitarbeiterInnen

eine echte Vereinfachung gewesen. Aber keine der anderen Fraktionen ließ sich auf diesen Vorschlag ein: Einfach darf eben nicht zu einfach sein.

Torben Schultz

Mitglied im Freizeit-,
Sport- und
Bäderausschuss



torben.schultz@die-linke-mg.de

Der Masterplan – Ein Mammutwerk, das eine Chance verdient hat!

Die Erarbeitung eines Masterplans für Mönchengladbach durch einen privaten Verein wurde vor einiger Zeit durch den Stadtrat auf den Weg gebracht und nähert sich nun langsam der Zielgeraden. Die bisherigen Planungen sehen einen Ratsbeschluss über das fertige Paket im Frühjahr 2013 vor.

Die bisher vorgelegten Vorschläge des Masterplanteams decken sich an sehr vielen Stellen mit den Ansichten der

LINKEN. Wird doch hier u. a. angeregt, mehr und durchgängige Grünflächen anzulegen, den Individualverkehr erheblich zu reduzieren und den momentanen Flickenteppich an Gewerbeflächen im Stadtgebiet sinnvoll zu strukturieren und auf klar benannte Standorte zu bündeln, um hier nur einige positive Beispiele aufzuzeigen.

Der Masterplan wird allerdings keine 1:1 umzusetzende Vorschrift werden. Das wird offensichtlich allzu oft missverstanden. Es wird eher eine Leitlinie für die nächsten Jahre werden, was die optimale Stadtplanung und -entwicklung betrifft. Jede einzelne umzusetzende Maßnahme wird durch die städtischen Gremien noch einmal separat beschlossen werden müssen. Darum sind Befürchtungen, dass z. B. Häuser abgerissen werden sollen, nur weil der Master-

plan dort eine Grünfläche vorsieht, völlig unnötig.

Schade ist es zudem, dass der Masterplan von manchem gerne im Voraus schlecht geredet wird, vor allem wegen der personellen Besetzung des daran arbeitenden Teams. Dies, sowie der Versuch einer inhaltlichen Aushebelung der Pläne durch schnelle Bebauungsplanbeschlüsse, sind eines solchen Projektes nicht würdig. Es ist nur konsequent und vernünftig, jetzt in der Schlussphase nicht die eigenen Beschlüsse ad absurdum zu führen.

Der Masterplan ist ein Mammutwerk, das Zeit braucht und eine Chance verdient hat!

Sabine Cremer

Mitglied
Planungs-, Bau- und
Umweltausschuss



sabine.cremer@die-linke-mg.de

DIE LINKE.

original sozial
www.die-linke-mg.de



Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Vergaben auch für die Menschen und nicht nur für die Wirtschaft, Jahresbilanz der Linksfraktion aus dem Vergabeausschuss

DIE LINKE. hat seit ihrem Einzug in den Rat 2009 im Vergabeausschuss permanent für die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien gekämpft und Vergaben, bei denen ausschließlich die Wirtschaftlichkeit seitens der Verwaltung im Mittelpunkt stand und Lohndumping unterstellt werden konnte, konsequent abgelehnt. Seit dem 1.5.2010 ist das Tariftreue- und Vergabegesetz für NRW in Kraft. Mit den Stimmen der Linksfraktion im Landtag wurde es verabschiedet. Seitdem müssen soziale, tarifliche und ökologische Kriterien in die Vergabe mit einfließen.

DIE LINKE. im Vergabeausschuss reagiert nicht erst auf aktuelle Skandale, wie z.B. die vor allem in Ostdeutschland

entstandene Krankheitswelle bei der Verpflegung in Kitas und Schulen in diesem Jahr, die auf Einführung von chinesischen Tiefkühlerbeeren zurück zu führen ist. Erik Jansen und Helmut Schaper haben seit 2009 bei Vergaben im Bereich der Mittagessenversorgung in Kitas und Schulen versucht, die Qualität des Essens und nicht nur den Preis in den Vordergrund zu stellen. Auf Antrag der LINKEN sollte die Qualität des Essens zusätzlich durch eine qualifizierte Institution wie die Fachhochschule Niederrhein geprüft

Erik Jansen

Bezirksvertreter
Stadtbezirk West
Mitglied im
Vergabeausschuss



erik.jansen@die-linke-mg.de

werden. Der Antrag fand bei den anderen vertretenden Parteien keine Zustimmung, dabei hat gesundes Essen seinen Preis und dieser sollte es für unsere Kinder auch Wert sein.

Desweiteren hat die Linksfraktion immer wieder auf den Missstand hingewiesen, dass z.B. Planungs- und Architektenaufträge an private Unternehmen vergeben werden, obwohl die Stadt selbst in der Lage sein könnte, diese Aufgaben zu erfüllen. Stattdessen führt die Personalausdünnung bei der Verwaltung dazu, dass die Stadt für die gleichen Leistungen mehr zahlt, als wenn sie die Aufgaben selber durchführen würde.

Mit ihrer Arbeit wirkt DIE LINKE. im Vergabeausschuss dafür, dass Qualitätskriterien in den Vordergrund rücken, Vergabekosten gesenkt werden und Arbeitsplätze bei der Stadt erhalten und ausgebaut werden können.

Borussia: Die unnötige Verlängerung

Die Borussia hat für den Bau des Nordparkstadions Kredite von der Stadt bekommen, und das zu durchaus kulantem Konditionen. Genau genommen zu besserem Zinssatz, als die selbst verschuldete Kommune das Geld bekommt. Also schon von der Ausgangssituation ein Minusgeschäft.

Mittlerweile beläuft sich die Summe mit Zinsen auf über 52 Millionen Euro. Nun hatte der Borussen Präsident Rolf Königs aber schon im Sommer 2010 erklärt, der Verein werde seine Schulden schneller zurückzahlen als geplant. Leider meinte Königs damit nur die teuren Kredite bei den Banken, an

die im Nothaushalt befindliche Heimatstadt hatte er nicht gedacht.

Nun wäre die Rückzahlung an die Stadt aber regulär schon ab 2012, bzw. im weiteren Teil ab 2014, fällig. Doch nicht mal diesen Termin wollte die Borussia einhalten und drängte auf „Verlängerung“. Und so darf der Verein gegen die Stimmen der Linken erst die Banken bedienen und erst ab 2018 langsam anfangen, auch in das Stadsäckel zurück zu zahlen.

Dabei hätte es dem VFL nicht weh getan, etwas weniger an die Banken zu zahlen, dafür aber ab sofort jährlich auch die Stadt mit 4 Millionen zu bedienen.

Und jetzt mal so zum Vergleich: Die

Stadt hat dies Jahr 36.000,- Euro für Weihnachtsgeschenke für Kinder und Jugendliche in stationären Hilfeeinrichtungen gestrichen. Wäre das wirklich nötig gewesen? Oder hätte es nicht zum guten Ton der Politik gehört, die Borussia in diesem Fall an die Spielregeln zu erinnern? Torben Schultz

Geschäftsöffnungszeiten

Dienstag
10:00 - 12:30 u. 14:30 – 16:30 Uhr
Mittwoch bis Freitag
10:00 – 12:00 u. 16:00 – 18:00 Uhr

Dienstag und Freitag findet
Sozialberatung statt.

Kein Platz für den Elternwillen in Mönchengladbach Schulpolitisches Engagement der Partei DIE LINKE

Neulich fragte mich eine Kollegin, wa-

Johannes Frommen

Bezirksvertreter
Stadtbezirk Ost
Mitglied im
Schulausschuss



johannes.frommen@die-linke-mg.de

rum ich denn im Schulausschuss von Mönchengladbach wäre. Ich hätte doch keine schulpflichtigen Kinder und schließlich wäre ich auch kein Lehrer.

Was für eine Frage, dachte ich. Geht das Thema Bildung nicht alle Menschen in unserer Gesellschaft an? Schließlich ist eine gute Bildung eine Voraussetzung für eine qualifizierte Berufsausbildung, für ein lebenslanges Lernen, für soziale Kompetenzen und für ein solidarisches sowie respektvolles Miteinander. Unser gegliedertes Schulsystem hat in Europa Seltenheitswert. Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und jetzt auch noch Sekundarschulen. Schlimmer geht es nicht. Das Schulsystem in Deutschland führt zu einer sozialen Selektion und wird den gestiegenen beruflichen Anforderungen nicht mehr gerecht. Aus meiner beruflichen Praxis im Bereich der Arbeitsintegration habe ich oft von Kolleginnen/Kollegen erfahren, dass ganze Hauptschulabschlussklassen sich in be-

rufsvorbereitenden Maßnahmen befinden, weil Schüler gerade dieser Schulform auf dem Ausbildungsmarkt keine Chancen hatten.

Die meisten Staaten haben eine Schule für alle bzw. ein Zwei-Säulen-Modell. Die skandinavischen Staaten machen es uns vor. Sie haben eine Schule für alle Kinder und geben ca. 30 % mehr für Bildung aus. Demzufolge sind die Folgekosten von Nicht-Bildung sehr gering.

Halten wir also fest: Gute Bildung kostet – unzureichende Bildung kostet der Gesellschaft ein Vielfaches mehr. Daher fordert unsere Partei eine weitgehende Reform unseres Schulsystems hin zu der „Einen Schule für alle“, mit einer differenzierten Förderung.

Was bedeutet unsere Erkenntnis und unser Bildungsziel für die Arbeit im Rat

und im Schul- und Bildungsausschuss? Nun auch in Mönchengladbach haben die Eltern erkannt, dass ihre Kinder mit einem Hauptschulabschluss wesentlich schlechtere Voraussetzungen für Berufsausbildung und für die Anforderungen im Beruf haben. Die geringen Anmeldezahlen im ersten Anmeldezug belegen dies. Sie wollen außerdem eine Alternative zu G8 (Gymnasium in acht Schuljahren). Aus diesem Grund werden ca. 50 % eines Jahrganges (ca. 2130 Kinder) nach der vierten Grundschulklasse von ihren Eltern an einer der sechs Gesamtschulen angemeldet. Leider werden über 400 Kinder nicht

angenommen, weil die Kapazität nicht ausreicht.

Unsere Partei fordert daher die Einrichtung weiterer Gesamtschulen. Im Frühjahr 2012 wurde seitens der Partei DIE LINKE ein Antrag auf Einrichtung der siebten Gesamtschule gestellt. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Dies sei organisatorisch nicht umsetzbar, wurde argumentiert.

Es fehlt jedoch der politische Wille. Man will an diesem Schulsystem festhalten. SPD und Grüne setzen neuerdings auf die Sekundarschule. Jedoch fordert die Einrichtung dieser Schulform wesentlich mehr organisatorische Maßnahmen.

Halten wir also fest: Das Engagement unserer Partei bedeutet, den Elternwillen aufzunehmen und in den politischen Gremien zu vertreten. Dies gilt insbesondere für die Gesamtschule. Außerdem sehen wir es als unsere Pflicht an, alle von der Verwaltung vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen zu prüfen.

Jeden letzten Donnerstag im Monat bieten wir einen kostenlosen Frühstückstreff.

Hier ist auch juristische Beratung möglich!

„Miteinander Leben & Wohnen“ nun endlich auch in MG?

Obwohl die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem freien Wohnungsmarkt rechtlich möglich, im Interesse der Flüchtlinge und deutlich kostengünstiger ist, wurde bei uns bislang vorrangig auf das veraltete „Ghettoisierungsmodell“,



Nicola Schiemann
Ratsfrau

nicola.schiemann@die-linke-mg.de

d. h. Unterbringung in Sammelunterkünften gesetzt. Im April 2011 wurde im Rat ein Konzept verabschiedet, welches sogar den Neubau von Sammelunterkünften mit geschätzten Baukosten in Höhe von 3.000.000 € vorsieht! Die Bitte unserer Fraktion, ein von uns vorgestelltes Alternativkonzept vor der Ratsentscheidung im Rahmen der Konzeptentwicklung zu prüfen, wurde abgelehnt. Auch drastisch steigende Flüchtlingszahlen, die im August zur Ausschöpfung der vorhandenen Unterbringungsplätze geführt hatten, hatte die Verwaltung aus obligatorischer Angst vor faktischer Aufenthaltsverfestigung zunächst nur bewogen, mittels „Rettungsankern“ (z.B.: Wiedereröffnung der Sammelunterkunft „Bockersend“,

Unterbringung im „roten Haus“ oder in Provisorien auf dem THW- Gelände) die Flüchtlingsaufnahme weitestgehend ohne Unterbringung in Privatwohnungen zu bewerkstelligen. Da der Stadt aber nun offenbar sämtliche „Notlösungen“ ausgegangen sind, hat sie sich jetzt überraschend durchgerungen, ca. 100 weitere Flüchtlinge in Privatwohnungen unterzubringen. Auch wenn hier nur aus der Not eine Tugend gemacht wird, gibt diese Verwaltungsentscheidung Anlass zur Hoffnung auf einen positiven Richtungswechsel in der Mönchengladbacher Flüchtlingspolitik: Hin zu dem in vielen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzten Modell des „Miteinander Leben & Wohnen“.

65 % der Mönchengladbacher lehnen verkaufsoffene Sonntage ab

In den immer mehr Anmeldungen für verkaufsoffene Sonntage sieht die Fraktion DIE LINKE eine Missachtung der Arbeitnehmerinnenrechte und eine missbräuchliche Auslegung des Ladenöffnungsgesetzes. Offenkundig geht es nicht darum, zu besonderen Anlässen ausnahmsweise auch einmal am Sonntag die Läden zu öffnen. Epochale Ereignisse wie Frühjahrsanfang, Herbstbeginn, ein Adventmarkt oder „Wir feiern Weihnachten“ müssen dafür herhalten, die Vielzahl der Sonntagsöffnungen pseudomäßig zu legitimieren.

Es ist offenkundig, dass Anlässe geschaffen werden, um inflationär Sonntagsöffnungen durchzusetzen. In dem Streit um verkaufsoffene Sonntage hatte sich im April eine Mönchengladbacher Lokalzeitung mit einer Umfrage, was die MönchengladbacherInnen von verkaufsoffenen Sonntagen halten, an die Bürgerinnen und Bürger gewandt. In dieser Umfrage haben sich 65 % der Befragten gegen die Shopping-Sonntage ausgesprochen.

Wir fordern einen deutlicheren Schutz der Arbeitnehmerinnenrechte durch die SPD-geführte Landesregierung. Auch im Rat ist die SPD gefordert, diesem



Hartmut Wessels
Bezirksvertreter
Stadtbezirk Süd

hartmut.wessels@die-linke-mg.de

Treiben endlich Einhalt zu gebieten. Wegen der steigenden Anzahl von Shopping-Sonntagen hatte das Bundesverfassungsgericht bereits in einem Urteil vom 01.12.2009 beschlossen:

„Ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potenzieller Käufer genügen grundsätzlich nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu

rechtfertigen.“ (Zitat aus dem Urteil.)

Weiter wird in der Urteilsbegründung dargelegt, dass die Sonn- und Feiertagsgarantie nicht nur die Ausübung der Religionsfreiheit schützt. Sie ist ein bedeutsames Element für die Erholung und für das soziale Zusammenleben.

Daher setzte das BverfG fest, dass für verkaufsoffene Sonntage eine Sachbegründung genannt und ein öffentliches Interesse nachgewiesen werden muss. Dies gilt auch für Mönchengladbach. DIE LINKE. wird auf der Einhaltung dieses Urteils in allen Stadtbezirken bestehen, und fordert nach wie vor die Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage.

Herausgeber / Impressum / V.i.S.d.P.:

Fraktion im Rat der Stadt MG/
Helmut Schaper
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43
E-Mail: buer0@die-linke-mg.de